

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Sozialausschusses
von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Mittwoch, den 26.10.2016
Sitzungsbeginn:	15:00 Uhr
Sitzungsende:	17:40 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Sitzungszimmer 1

Anwesend waren:

SPD-Stadtratsfraktion

Holger Scharff
Gabriele Albrecht
Barbara Baur
Paul Ludwig
Jürgen Kofink

CDU-Stadtratsfraktion

Dr. Peter Uebel
Constanze Kraus
Joannis Chorusis
Christoph Heller
Markus Trescher
Andreas Massion

ALFA-Fraktion Ludwigshafen

Andreas Kühner
Volkhard Hetzer

FDP-Stadtratsfraktion

Dieter Schneider

FWG-Stadtratsfraktion

Hans Arndt

DIE LINKE Stadtratsfraktion

Friederike Rüd

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Ibrahim Yetkin
Peter Tanzmeier

Schriftführer/in

Margit Geibel

Entschuldigt fehlten:

SPD-Stadtratsfraktion

Hans-Joachim Weinmann
Christel Aderhold

ALFA-Fraktion Ludwigshafen

Norbert Grimmer

Beirat für Migration und Integration

Cem Cantekin

Gäste:

Brendel-Utzinger Gudrun
Dr. Herzog Reinhard
Vena Francesco

Tagesordnung:

1. Vorstellung der Unabhängigen Patientenberatung (UPD) Ludwigshafen
Vorlage: 20163400
2. Sachstandsbericht Asyl
Vorlage: 20163401
3. Haushaltsentwurf 2017/2918 des Dezernates Soziales, Integration und Sport
Vorlage: 20163402
4. Gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Stadtratsfraktionen: Kommunaler Partnerprozess "Gesundheit für alle"
Vorlage: 20163403
- . Anfragen
1. Medizinische Untersuchung von Asylbewerbern
Vorlage: 20163432
2. Öffentliche behindertengerechte Toilettenanlagen
Vorlage: 20163434
3. Gewährung von Analogleistungen gemäß dem geänderten Asylbewerberleistungsgesetz vom 1.03.2015
Vorlage: 20163448
4. Anmietung und Unterbringung
Vorlage: 20163464

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Sozialausschuss war beschlussfähig.

Protokoll:

zu 1 Vorstellung der Unabhängigen Patientenberatung (UPD) Ludwigshafen

Herr Mark Jaeger, Koordinator der Vor-Ort-Beratung im Südwesten, informiert in einer Präsentation über die UPD Patientenberatung Deutschland. Die Leitung der Vor-Ort- Beratungsstelle in Ludwigshafen hat Herr Jakob Schuettler übernommen. Er stellt sich und die UPD Patientenberatung vor Ort in Rheinland-Pfalz und in der Region Rhein-Neckar vor. Die Präsentationen sind hinterlegt. Auf Nachfrage von Herrn Scharff erklärt Herr Jaeger, dass sich die UPD durch eine Abgabe der Krankenversicherungen finanziert.

B e s c h l u s s :

Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

zu 2 Sachstandsbericht Asyl

Herr van Vliet stellt einen aktuellen Sachstandsbericht zum Thema „Asyl“ vor. Die Präsentation ist dem Protokoll beigefügt. Die tagesaktuelle Zahl der Zuweisungen für das Jahr 2016 beläuft sich auf 1005.

Herr Scharff richtet seinen Dank besonders an die Betreuer in den Sammelunterkünften. Durch die Auflösung dieser Unterkünfte werde sich das Leben für die Asylbewerber positiv verändern.

Herr Dr. Uebel dankt für den Bericht. Die Verwaltung habe Handlungsfähigkeit bewiesen. Den Hilfsorganisationen gebühre großer Dank. Das Thema Integration werde wohl auch in den nächsten Sitzungen Schwerpunkt bleiben.

Herr Yetkin bittet um Auskunft über die Gesundheitsversorgung psychisch erkrankter Flüchtlinge. Er will insbesondere wissen, ob diese vom Hausarzt direkt an einen Spezialisten überwiesen werden können. Dies ist grundsätzlich möglich. Herr Dr. Uebel und Herr van Vliet erklären jedoch, dass es generell lange Wartezeiten für psychotherapeutische Behandlungen gebe, vor allem ausgebildete Therapeuten mit den nötigen Sprachkenntnissen fehlen. Dieses Problem liege jedoch nicht in der Zuständigkeit der Kommune.

Frau Disque antwortet Herrn Kühner auf seine Frage, dass es aktuell 320 mögliche Einsatzstellen an Arbeitsgelegenheiten bei der Stadt gebe. Anfang nächsten Jahres sollen spezifische Angebote für Asylbewerber unterbreitet werden. Zur Finanzierung der Brückenbauer gibt Frau Steeg Auskunft: Bisher sei die Finanzierung über Spenden gesichert gewesen. Weitere Brückenbauer werden geschult. Die entsprechenden Mittel seien im Haushalt eingestellt. Obwohl es sich um eine freiwillige Leistung handle gebe es keine Probleme mit der ADD. Gleichwohl sei man bestrebt, die Ausgaben aus weiteren Bereits avisierten Spenden zu bestreiten.

Frau Rüd möchte Auskunft darüber, wie sichergestellt werde, dass die Kinder der Asylsuchenden Kindertagesstätten und Schulen besuchen. Frau Steeg erklärt, dass die Eltern Mitteilungen durch Flyer in verschiedenen Sprachen erhalten.

B e s c h l u s s :

Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3 Haushaltsentwurf 2017/2018 des Dezernates Soziales, Integration und Sport

Die Bereichsleitungen stellen den Haushaltsentwurf für ihren jeweiligen Bereich vor.

Zur Zuschussliste bemerken sowohl Herr Scharff als auch Herr Dr. Uebel, dass Erhöhungen dringend notwendig wären. Seit Jahren seien die Zuschussbeträge unverändert. Allgemeine Kostensteigerungen blieben unberücksichtigt. Herr van Vliet pflichtet dem bei. Die derzeitige Regelung bedeute real eine Zuschusskürzung. Er dankt Herrn Dr. Uebel für den Appell um Zustimmung mangels vernünftiger Alternative.

Bei zwei Enthaltungen ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Der Sozialausschuss nimmt von den Berichten zum Haushaltsentwurf 2017/2018 des Dezernates für Soziales, Integration und Sport Kenntnis.

Der Sozialausschuss beschließt die Auszahlung der in der Vorlage aufgeführten freiwilligen Zuschüsse – vorbehaltlich der Anträge, der entsprechenden Verwendungsnachweise für das jeweilige Vorjahr sowie der Genehmigung des Haushalts durch die ADD. Von den Zuschüssen mit gesetzlicher/Vertraglicher Verpflichtung nimmt der Sozialausschuss Kenntnis.

zu 4 Gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Stadtratsfraktionen: Kommunaler Partnerprozess "Gesundheit für alle"

Der Gemeinsame Antrag der SPD- und CDU-Stadtratsfraktionen ging den Mitgliedern des Sozialausschusses mit der Einladung zu. Thema ist ein eventueller Beitritt der Stadt zum kommunalen Partnerprozess mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem BZGA „Gesundheit für alle“. Frau Steeg, Frau Hilbert und Frau von Hornhardt führen in einer Präsentation in die gesetzlichen Grundlagen und die bereits im Dezernat 5 geleisteten Aufgaben ein.

Es wird folgender Vorschlag für einen

B e s c h l u s s :

formuliert: Dieser Antrag soll im Stadtvorstand beraten werden mit dem Hinweis, dass bei einer Umsetzung die finanzielle Unterstützung des Landes notwendig sei. Bei Zustimmung der VK soll mit dem Land über Umsetzungsmöglichkeiten – auch vor dem Hintergrund einer notwendigen personellen Ausstattung – verhandelt werden. Die Mitglieder des Sozialausschusses sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Herr van Vliet kündigt ein neues gesundheitspolitisches Projekt an. Seit Mitte letzten Jahres hat sich unter Leitung des Sozialdezernates eine „Gesundheitsinitiative Hepatitis C in Lud-

wigshafen“ entwickelt. Deren Ziele, Kooperationspartner und erste Maßnahmen werden in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses genauer vorgestellt.

zu Anfragen

zu 1 Medizinische Untersuchung von Asylbewerbern

Die CDU wollte in einer Anfrage wissen, ob für alle Flüchtlinge, die in Ludwigshafen leben, die Befunde zum Tuberkulose-Status vorliegen. Eine Beantwortung durch das Gesundheitsamt steht noch aus. Durch das Explosionsunglück bei der BASF waren die verantwortlichen Mitarbeiter nicht erreichbar. Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses beantwortet.

zu 2 Öffentliche behindertengerechte Toilettenanlagen

Die Zuständigkeit für die Beantwortung dieser Anfrage liegt bei Dezernat 2. Die Stellungnahme dieses Dezernates wird mündlich vorgetragen:

Es besteht zwischen der Stadt und WallDecaux ein Vertrag aus dem Jahr 1997 (18.12.1997), der noch bis 31.12.2022 läuft. In diesem Vertragswerk sind unter anderem auch die Regelungen für die 13 vollautomatischen Toilettenanlagen im Ludwigshafener Stadtgebiet enthalten. Wir hatten bereits einige Male auf Initiative des Beirates für Menschen mit Behinderung und des Behindertenbeauftragten bei WallDecaux nachgefragt, ob ein Austausch der Anlagen erfolgt. Ein Austausch bzw. eine Anpassung der vollautomatischen Toilettenanlagen, die zum Teil Rollstuhlfahrgerecht sind, ist vertraglich nicht vorgesehen. Ob und inwieweit die Kooperation mit WallDecaux fortgeführt wird, steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest. Falls neue Vertragsverhandlungen anstehen, werden wir diesen Aspekt bei den Verhandlungen entsprechend berücksichtigen.

B e s c h l u s s :

Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3 Gewährung von Analogleistungen gemäß dem geänderten Asylbewerberleistungsgesetz vom 1.03.2015

Die Anfrage wird mündlich beantwortet. Die Stellungnahme ist im RIS hinterlegt.

B e s c h l u s s :

Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Anmietung und Unterbringung von Flüchtlingen

Um schriftliche Beantwortung wurde gebeten. Die Stellungnahme ist im RIS hinterlegt.

B e s c h l u s s :

Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der Vorsitzende um 17:40 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 07.11.2016

Margit Geibel
Schriftführerin

Wolfgang van Vliet
Vorsitzender